



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Deckelung des Bonus für Banker

Die am Mittwoch abgestimmte Richtlinie ist eine der weltweit strengsten Regelungen in Bezug auf Bonuszahlungen und sieht nun die erste Deckelung von Bankerboni überhaupt vor. Zudem wird sichergestellt, dass Banken auf stärkere Kapitalrücklagen als vor der Finanzkrise zurückgreifen können, um in schwierigen Zeiten besser zurechtzukommen. Bargeld-Boni werden auf 30% der gesamten Bonuszahlungen begrenzt, bei besonders großen Summen kann dieser aber auch bei 20% liegen. Die Auszahlung eines großen Anteils aller Boni muss für mindestens drei Jahre zurückgestellt und kann erst wieder eingezogen werden, wenn sich Investitionen nicht erwartungsgemäß entwickeln. Die Einstellung von mindestens 50 % des Gesamtbonus in den Posten "bestimmtes Kapital" soll den Steuerzahler davor schützen, dass er der erste Leidtragende einer Bankenkrise ist. Damit wurde

ein wichtiger Punkt zur Aufarbeitung der Finanzkrise abgearbeitet.

SWIFT: Abstimmung über neuen Vorschlag

Vor vier Monaten hat das Parlament das SWIFT-Abkommen mit den USA gekippt und seine durch den Vertrag von Lissabon hinzugewonnenen Kompetenzen zum ersten Mal genutzt. Die Abgeordneten stellten sich gegen ein internationales, von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß ratifiziertes Abkommen. Die neue Version des Abkommens enthält nun Schutzklauseln, wie die Übermittlung der Daten nur nach vorheriger Zustimmung von Europol. Außerdem muss das Datenvolumen so klein wie möglich bleiben. Wir haben durchgesetzt, dass der Datenaustausch wirklich notwendig sein und überwacht werden muss. Im Falle eines Missbrauchs haben die Unionsbürger nun auch Anspruch auf Schadensersatz.

Das Abkommen wird für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen. Es kann jährlich erneuert und

nach sechsmonatiger Frist gekündigt werden.

Die Arbeiten an einem europäischen Gegenstück zum sogenannten "Terrorism Finance Tracking Programme" (TFTP) sollen in den nächsten 12 Monaten beginnen und den Massentransfer von Daten in Drittstaaten verhindern, da die EU dann selbst die Daten filtern könnte und gezielt nur die Informationen weitergeben müsste, die sich direkt auf einen Terrorismus-Verdacht beziehen.

Strafen für illegal geschlagenes Holz

Bislang haben Sie wenig Sicherheit, dass Ihre Möbel aus legal gefällttem Holz hergestellt wurden. Schätzungsweise 20 % des auf dem EU-Markt gehandelten Holzes stammen von illegal geschlagenen Bäumen. Wir fordern seit langem, die Rechtsvorschriften zu verschärfen. Dies haben wir in dieser Woche erreicht: illegal geschlagenes Holz wird mit einer Geldstrafe belegt. Zu den Folgen der illegalen Abholzung gehören Bodenerosion, Erdrutsche und der Verlust von biologischer Vielfalt.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Belgien: Ratsvorsitz ohne Regierung

Belgien übernahm die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft turnusgemäß am 1. Juli von Spanien. Der geschäftsführende belgische Premierminister Yves Leterme stellte das Programm vor, obwohl die neue Regierung nach den Neuwahlen noch nicht bestimmt werden konnte. Zu den wesentlichen Punkten gehören dauerhaftes Wirtschaftswachstum, Maßnahmen für Umwelt- und Klimaschutz, die Verwirklichung einer gemeinsamen Asylpolitik, die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes und die Umsetzung des Vertrages von Lissabon.

Ärgernis der Woche: Auswärtiger Dienst

Wir wissen weder die Kosten, die Größe noch die Aufgaben. Trotzdem ist der Gründungsakt des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) jetzt durchs Parlament. Dieser Dienst für die Außenpolitik der Europäischen Union unter der "Außenministerin" Catherine Ashton wird

der von den Kompetenzen her umfangreichste seiner Art in Europa sein. Gegenwärtig wird das Verwaltungsbudget im Außenbereich auf jährlich 400-600 Millionen Euro geschätzt. Mit knapp 2000 Stellen startet er. 100 Stellen werden in diesem Jahr neu geschaffen, der Rest ist bereits bei der Kommission und beim Rat vorhanden. Der Dienst ist der reichste in Europa. Er hat Zugriff auf 8 Mrd. Euro - soviel gibt die EU pro Jahr für Entwicklungshilfe, Vorbeitrittshilfen und die sog. Nachbarschaftshilfe vor allem auf dem Balkan aus. Meine Sorge ist, dass der neue Dienst sich eine (viel zu) große Verwaltung zulegt und wir Doppelstrukturen mit der Kommission aufbauen, weil sie für die Nachbarschaftspolitik und Entwicklungshilfe weiter zuständig bleibt. Der neue Dienst soll eigentlich nur die Außenpolitik der EU mit den Mitgliedstaaten "koordinieren". Wie das geschehen soll und welche Kompetenzen die Mitgliedstaaten an die EU abtreten, ist völlig offen. Da die EU-Botschafter künftig Kommissionsgelder verwalten sollen, bereitet uns dieser

Dienst erhebliche Probleme, weil die Vermischung von Kompetenzen zwischen zwei Institutionen unsere Kontrollarbeit erheblich erschwert. Fehler lassen sich künftig nicht mehr eindeutig zuordnen. Ich arbeite als Berichterstatterin für die Finanzregeln jetzt an Kontrollstrukturen für den neuen Dienst. Zu einem Drittel soll er aus Diplomaten aus den Mitgliedstaaten bestehen. Sie kennen weder die EU-Haushaltsregeln noch haben sie je mit so großen Summen gearbeitet. Damit läuft der Dienst Gefahr, sein Ansehen rasch zu ruinieren. Denn täglich werden im Außenbereich 22 Mio. Euro ausgegeben. Lady Ashton versicherte mir im Plenum, dass sie auf schlanke Strukturen Wert lege und eine wirkliche Kontrolle der Gelder durch das Europäische Parlament wolle. Ich habe im Plenum gegen diese Form des Dienstes gestimmt,

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

Die Deutsch-Ordenschule aus Lauchheim war auch in diesem Jahr zu Besuch im Plenum.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu